PATRIA
AMICITIA
SCIENTIA

STUDENTENVERBINDUNG WENGIA 111. STIFTUNGSFEST

8.–11. September 1995

VII. HEFT DER «WENGIANA»

PATRIA
AMICITIA
SCIENTIA

STUDENTENVERBINDUNG WENGIA 111. STIFTUNGSFEST

8.–11. September 1995

VII. HEFT DER «WENGIANA»

weniganissimo!

Inhalt

Seiten

Zum Geleit
AH Andreas Eng v/o Cato 5

AMICITIA
AH Dr. Ernst Felchlin v/o Brevis, den Eindrücken von «Sufludi» folgend:
Wengianissimo! – Was vom 8. bis 11. September 1995 wirklich geschah 7

SCIENTIA
AH Prof. Dr. Dr. h.c. Urs W. Schnyder v/o Keil:
Die Förderung des wissenschaftlichen Interessens – unsere Aufgabe und Verpflichtung 15

PATRIA
AH Dr. Hans Derendinger v/o Stift:
Der Liberalismus – Gedanken zu einem Leitmotiv der Wengia 20

Ständerat Dr. h.c. Ernst Rüesch, St. Gallen:
Bundesfinanzen wohin? 27

AH Kurt Fluri v/o Polo:
Das Gemeinwesen zwischen Ablehnung, Gleichgültigkeit, Misstrauen und Überforderung 39

Zum Geleit

Das im Namen der Aktivitas 1944/45 durch unser Ehrenmitglied AH Hans Ulrich Habegger v/o Storch unterbreitete Angebot, der Wengia zu ihrem 111jährigen Bestehen eine Schrift der Reihe «Wengiana» zu schenken, löste im AH-Komitee zunächst eifriges Rätselraten aus. Kein Wunder – erschien doch der letzte Band in der Schriftenreihe «Wengiana» im Jahre 1959 aus Anlass des 75. Stiftungsfestes der Wengia! Die bisher erschienenen Bände der «Wengiana» sind jeweils im Kontext mit markanten Meilensteinen unserer Verbindungsgeschichte entstanden. Das diesjährige unter dem Motto «wengianissimo!» stattgefundene Fest darf mit gutem Gewissen als Anlass bezeichnet werden, der in diesem Sinne eine «Wengiana»-Ausgabe rechtfertigt.

Das AH-Komitee zögerte deshalb nicht lange und nimmt die Gelegenheit gerne wahr, das 111jährige Geburtstagsfest hiermit verewigen zu dürfen.

Die Beiträge zur siebenten Nummer der Reihe «Wengiana» stammen grösstenteils aus der Feder engagierter Mitglieder unserer Altherrenschaft. Eingebettet darin findet ferner das vor der 96. Generalversammlung der Wengia am 19. November 1994 auf Einladung der 100-Semestrigen von Ständerat Dr. h.c. Ernst Rüesch, St. Gallen, gehaltene Referat seinen Platz.

Die Wengia bezweckt laut ihren Statuten bekanntlich unter anderem, ihre Mitglieder als durch Vorträge und Diskussionen vorbereitete Staatsbürger ins Leben treten zu lassen. In diesem Sinn stellen denn auch die in der vorliegenden Schrift abgedruckten Beiträge nicht *die* Meinung der Wengia dar. Vielmehr sind es Diskussionsbeiträge aus der Sicht der Autoren, gleichzeitig aber ein lebendiges Zeichen dafür, dass die Wengia – im Bewusstsein ihres demokratischen, liberalen Staatsverständnisses – gestern wie heute der Pflege der politischen Diskussion und Willensbildung als Inhalt ihrer Devise *Patria* grösstes Gewicht beimisst.

Der Auftrag, im Rahmen unserer Devise *Scientia* die Pflege der Wissenschaft zu fördern, entspringt nicht nur dem Bewusstsein, dass nur ein gebildeter Bürger seine Pflicht als verantwortungsbewusster Staatsbürger wahrnehmen kann. Vielmehr ist es für unser Land als an Bodenschätzen arme Nation von grösster Wichtigkeit, dem Rohstoff «Bildung» grösste Beachtung zu schenken. In diesem Sinn ist auch ein bildungspolitisches Engagement der Wengia weiterhin von bleibender Aktualität.

Ein abnehmender Gemeinsinn, verbunden mit einem zunehmenden Individualismus und der Rückzug ins Private sind Erscheinungen, die sich erwiesenermassen nicht zum Wohle unserer Gesellschaft auswirken. Ein geselliges Fest wie «wengianissimo!», gezielt unter die Devise *Amicitia* gestellt, leistet hier – zugegebenermassen aus Wengianer Optik – einen konträren Beitrag zur notwendigen Betonung und Pflege des Gemeinsamen, des *Verbindenden.*

So gesehen darf mit Fug und Recht behauptet werden, dass die Devisen der Wengia *Patria, Amicitia, Scientia* heute aktueller denn je sind!

Das AH-Komitee dankt an dieser Stelle nochmals der Aktivitas 1944/45 für ihr grosszügiges Geschenk und ist überzeugt, dass dieses sowohl als Erinnerungswerk, als auch als Ausdruck lebendigen Wengianer Geistes seinen Platz in der Reihe unserer Verbindungsschriften finden wird.

Wengia, ut vivat crescat floreat in aeternum!

Solothurn, im November 1995

Der Vertreter der Alt-Wengia
in der «Wengianer»-Redaktion

AH Andreas Eng v/o Cato

AMICITIA

«Wengianissimo» –
Was vom 8. bis 11. September 1995 wirklich geschah

Zugegeben, es hätte ganz anders kommen können. Stellen Sie sich vor, es hätte uns am Sonntag – ähnlich wie eine Woche zuvor die bemitleidenswerten StV-er an ihrem Zentralfest in Solothum – sintflutartig verregnet. Nicht auszudenken, was dann passiert wäre. Gut, die Militärküchenchefs wären nicht auf ihrem Kessel Spatz sitzengeblieben und unser Notarzt hätte nicht drei Wespenstiche behandeln müssen, aber sonst?

Denken wir nicht daran, es hat ja geklappt. Oder: «alles eine Frage der Organisation», wie unser OK-Präsident zu sagen pflegt.

Entschuldigung, ich habe mich ja gar noch nicht vorgestellt: mein Name ist Sufludi. Genauer Sufludi v/o Sufludi. Ich habe im Dezember 1994 anlässlich einer OK-Sitzung das fahle Licht der Welt im Gewölbekeller unseres Altherrn und Gastgebers Droll erblickt. Aus einer Bieridee geboren und noch ungebadet wurde ich mit offensichtlichem Mehr der anwesenden OK-Mitglieder in den Kreis der Wengianer aufgenommen und umgehend getauft.

Alles Spinner in diesem OK, sag' ich Ihnen. Ein zusammengewürfelter Haufen mit einem gemeinsamen Ziel: Brot und Spiele. Der Begriff «Brot» wurde anlässlich der OK-Sitzungen mit Vorliebe grosszügig, um nicht zu sagen, opulent ausgelegt. Als «Spiele» wurden nicht nur das zu organisierende Fest verstanden, sondem auch die chaotischen OK-Sitzungen, denen man einen gewissen Unterhaltungswert durchaus nicht absprechen konnte. Es erstaunt deshalb nicht, dass geschlagene zweieinhalb Jahre nötig waren, um diese paar Tage im September 1995 zu organisieren.

Wie gesagt, mein Name ist Sufludi und zuweilen, wenn sich die Gelegenheit ergibt, bin ich auch ein solcher. Aber immer mit Comment, wohlverstanden. So wahr der Ganze drei Quart hat!

Und ich hatte nun also das Vergnügen, diesen OK-Sitzungen beizuwohnen. Die neben Schlemmen und Zechen verbleibende Zeit hat jeweils knapp dazu ausgereicht, festzustellen, dass niemand das Protokoll der letzten Sitzung gelesen hatte, und die Termine auf der immer länger werdenden Pendenzenliste systematisch zu verschieben. Wen kümmerte das schon. Man hatte ja Zeit, na ja, zumindest am Anfang.

Und plötzlich wurde es April 1995 und damit kam mein erster offizieller Auftritt anlässlich der Vernissage der von Künstlerhand gestalteten 111i-Bier-Etikette im Misteli. Es war zwar eine Zangengeburt, die Burgherren zu Feldschlösschen von dieser Bieridee zu überzeugen. Um so berauschender war das Gefühl, als endlich das erste der 15 000 Wengianer Biere im formschönen «wengianissimo»-Glas schäumte und mir das erfrischende Nass gurgelnd die Kehle hinunterlief. Und in diesem Moment wurde mir instinktiv klar, wie wohlgesinnt mir das Schicksal war, als es mich anlässlich deren 100-Jahr-Jubiläum in diesem Jahr nicht zu einem Dornacher werden liess.

Rechtzeitig auf die Sommersaison kleidete mich Toto in ein XXL-«wengianissimo»-T-Shirt. Stolz schwoll meine Brust unter dem von Sir schwungvoll gestalteten Schriftzug. Das heisst, eigentlich lag der Schriftzug ja auf Kniehöhe, aber Toto lieferte prompt eine Kindergrösse nach. Ein Marketing-Genie, sag' ich Ihnen. Das XXL brauche ich jetzt als Bettüberwurf.

Zwei Krawatten, einen Propeller und ein Paar Hosenträger hat er mir später auch noch aufgeschwatzt. Soll noch einer sagen, ich sei kein Vorzeige-Wengianer. Und der Festfonds sog meine Fränkli auch dankend auf.

Und dann wurde es bedrohlich schnell September. Beim OK-Präsidenten wich die souveräne Gelassenheit einer nervösen Hektik und der berühmte Teufel kroch grinsend aus den ebenso berühmten Details. Ich genoss derweil im Liegestuhl ein Glas Kläff'schen «wengianissimo»-Wein und studierte den umfangreichen Festführer, erfreute mich am guten Wetterbericht und stellte mit Befriedigung fest, dass die diversen Helfer in der Region Solothum eifrig Festzelte aufzustellen begannen.

Am Donnerstag, den 7. September, hielten acht Wengianer die Warterei auf das grosse Fest nicht mehr aus und veranstalteten bei Lulatsch an der Alten Bernstrasse einen eigentlichen «wengianissimo»-Prolog. Auch vier Harassen 111i-Bier konnten die Vorfreude nur schwerlich abkühlen. Und dann kam der Freitag.

Am frühen Nachmittag versammelte die Reiseagentur Knatter-Tours 37 ewigstramme Wengianer auf dem Dornacherplatz zur Fahrt an den Stamm im Rothen Ochsen in Heidelberg. Ich wollte mich gerade dem Eintrittstest unterziehen (ein Becher 111i-Bier mit Knoblauchzehe ex), als ich Zeuge einer beeindruckenden Zeremonie wurde. Gestützt auf kürzlich entdeckte Schriften aus dem frühen Mittelalter und im Einverständnis mit dem Europäischen Rat für Strassenbeschilderungen wurde der Dornacherplatz in einer schlichten aber eindrücklichen Feier in Wengianerplatz umgetauft. Unser Stadtpräsident Polo dankte darauf im Namen der gesamten Bevölkerung von Solothum für diese Aufwertung der Vorstadt. Knatter gönnte uns indes keine Zeit der Besinnung auf diesen historischen Akt, sondern hetzte die Reisegruppe in den bereitstehenden Car, der auch bald in Richtung Grenze entschwand.

Am Abend wurden auch die drei andern Stämme «auf den Dörfern» eröffnet und ich als Sufludi durfte überall dabeisein. In der Linde in Niederbuchsiten trafen sich die Wengianer des unteren Kantonsteils bei Kick. Stammvater Bruch leitete diese gemütliche Stammrunde bis tief in die Nacht hinein.

Derweil schickte sich der Stamm Leberberg an, die MS Siesta zu entern. Das Boarding-Prozedere verzögerte sich allerdings durch den Umstand, dass die Festgemeinde unisono im BSU-Bus auf der Fahrt zum Ankerplatz strandete. Angesichts des im Bus anwesenden BSU-VR-Präsidenten Spatz verlor die Batterie ihre Nerven und die vollautomatischen Türen die Fähigkeit, sich zu öffnen. Es gelang mir schliesslich, den BSU-Emergency-Service zu mobilisieren und so sicherzustellen, dass der Stamm auf der Siesta noch vor Mitternacht eröffnet werden konnte. In der Folge war es vor allem der Kaltblütigkeit des Kapitäns zu verdanken, dass die MS Siesta bei wogender Kneiperei ihren Kurs

einigermassen halten konnte. Immerhin durfte Stammvater Karpf feststellen, dass der Feuchtigkeitspegel auf dem Schiff jederzeit tiefer war als unter dem Schiff. Im Buechischlössli scherte man sich wenig um die Turbulenzen auf der Aare. Nachdem die von Kobra versammelte Wengianerschar der Verleihung des Bucheggberger Kultur- und Anerkennungspreises an unsere verdienten Altherren Snob und Pfau einen würdigen Rahmen gegeben hatte, wurde im tiefen Keller bei Hamme und Bier ein ärdeschöner Stamm zelebriert, wie er nur der sprichwörtlichen bucheggbergischen Gemütlichkeit entspringen kann.

Glücklich und zufrieden legte ich mich in den frühen Morgenstunden des Samstags in mein Bett unter meinen XXL-Bettüberwurf und träumte den ganzen Freitag noch einmal durch.

Am Samstagnachmittag war ich einer der ersten am Apero in der Rythalle. Bei leicht beschwingter Musik traf man neben den Gesichtern von gestern, mit denen man bereits in ersten Erinnerungen schwelgen konnte, immer neue, vertraute Wengianergesichter mit ihren Bäsen. Allmählich bewegte sich dann die Schar der versammelten Grünbemützten bei strahlendem Sonnenschein auf die St. Ursentreppe. Wider Erwarten trafen auch unsere Heidelberger rechtzeitig zum Jubiläumsfoto ein. Sie waren unschwer an ihrem schleppenden Gang zu erkennen und waren mit ihrem matten Blick und dem bleichen Teint keine Bereicherung für die Farbfotografie. Um so kräftiger tönte das Gaudeamus und unsere Burschenherrlichkeit über den Kronenplatz in die Hauptgasse hinein. Echten Wengianer Teamgeist bewiesen wir dadurch, dass wir uns im Laufe eines Kantus durchaus auf eine gemeinsame Reihenfolge der Strophen einigen konnten. Vielleicht waren wir ja auch alle bereits in Gedanken am Jubiläumsball im schlicht aber eindrucksvoll dekorierten Konzertsaal. Unvergesslich bleiben mir die erwartungsfrohen Gesichter der durch die Eingangspforte schreitenden Ballbesucher. Während des Essens fragte ich mich allerdings, ob Küchenchef Rüetschi einen Tanz der Vampire befürchtete. Doch nach dem Dessert und einigen Bierchen in der kalten Bierschwemme verflüchtigte sich der starke Knoblauchgeruch in meinem Schlund allmählich.

Es war herrlich, wieder einmal ausgiebig – nur kurz unterbrochen durch eine Produktion des OK – das Tanzbein zu schwingen. Edgar Weissenfels und die Ambasstown Jazzband liessen so manchen Wengianer etliche Jahre auf seinem Buckel vergessen und die Bäsen flogen wie anno dazumal über das Parkett.

Irgendwann zwischen Mitternacht und Morgenröte schlenderten die Wengianer stillvergnügt nach Hause, den Refrain des OK-Liedes auf den Lippen: «wengianissimo! No ne Quart vor. Mir fiire hür 111 Johr. Uf em Dorf, ir Stadt, hei mir's schampar glatt. Und singe bibamus im Chor».

Doch es kam noch schöner: ein traumhafter Frühschoppen auf dem Friedhofplatz. Die Morgensonne stieg langsam über das Dach unseres Misteli, als wir bei Bier, Kaffee, Gipfeli und Wengianer Brezeln à discrétion die ersten Anzeichen des Katers vertrieben. Und immer wieder kamen weitere Wengianer Familien in «wengianissimo»-T-Shirts und Wengianer Hosenträgern aus den Gassen auf den Platz spaziert. Tiki, der notfallmässig eine Stadtführung übernehmen musste und diese Pflicht in Anbetracht der Strapazen des Vorabends in bewundernswerter Haltung und mit untadelig ausgerichtetem «wengianissimo»-Propeller erfüllte, führte die staunende Gruppe internationaler Touristen locker dozierend über den mit bechernden Grünbemützten und ihren Familien dicht bevölkerten Friedhofplatz, wie wenn dies ein altbekanntes Sonntagsritual einiger Eingeborener wäre. Und plötzlich schien es mir, die Wolken teilten sich über dem Söitöörli und Petrus riefe der Festgemeinde mit kräftiger Stimme zu: «ich bin ein Wengianer».

Gegen Mittag bildeten sich spontan Wandergruppen, die mit einem Laufblatt ausgerüstet den «Weg der Wengia» nach Nennigkofen unter die Füsse nahmen. Dieser Weg führte über die Aare, via Wengianer Hochburg Alte Bernstrasse, durch den Stadtwald und über Lüsslingen nach Nennigkofen. Anspruchsvolle Posten stellten hohe Anforderungen an die geistige und körperliche Verfassung der Teams und forderten von den Teilnehmern auch ein gewisses Mass an Toleranz gegenüber der

Organisation, denn das «Palater-Werfen» fand ich ja noch ganz lustig, doch empfand ich es als wenig respektvoll, das «Hau den Dornacher» ausgerechnet an einem Sonntag durchzuführen. Diejenigen mit ersten Ermüdungserscheinungen konnten einen Teil der Strecke mit Ross und Wagen zurücklegen, so dass schliesslich alle Gruppen wohlbehalten aber durstig und mit Schweissperlen auf der Stirne in Nennigkofen eintrafen.

Da kam so mancher nicht aus dem Staunen heraus. Bevor man sich überhaupt ein Bild vom Festplatz machen konnte, waren die Kinder bereits im Amusement-Park untergetaucht: Rösslispiel, Rodeo-Bull, Gumpi-Paradies, Fun-Bikes, Berg-und-Tal-Bahn, Scooter, Eisenbahn, Tandem-Trottinett, Schiessbude, Miniaturstrassenwischmaschine, Kasperlitheater usw.

Die meisten Erwachsenen verspürten jedoch vorerst das Bedürfnis, Durst und Hunger zu stillen. Die Schlacht um Hamme und Kartoffelsalat hatte begonnen. Die Wirtsleute Weyeneth hatten sich ja auf einiges gefasst gemacht, aber dieser Ansturm spottete nun wirklich aller Beschreibung. Daneben stürzte man sich auf die Grilladen in Zelt 1 oder auf die Pizza in Zelt 2. Einigen aufmerksamen Wengianern entging auch nicht, dass die Militärküchenchefs in Zelt 3, schweisstriefend von Sonne und kochender Suppe, sehnlichst auf Kundschaft warteten.

Derweil lösten sich die Produktionen auf der zentralen Showbühne Schlag auf Schlag ab. Angeheizt von Volontär-Speakern aus dem Kreis der eloquenten Wengianer genoss die Festgemeinde das vielfältige Angebot, das herrliche Wetter und vor allem das gemütliche Beisammensein.

Man erlabte sich an frischem Zapfbier aus den «wengianissimo»-Humpen, das man an mehreren Quellen mit der Sufludi-Bierkreditkarte zu einem historisch anmutenden Preis erstehen konnte und so mancher leistete sich nach den exzellenten Apfelküchlein noch eine Portion Mega-Meringues.

Meiner zentralen Rolle als Sufludi wohlbewusst, glänzte ich durch Omnipräsenz und informierte die Festbesucher permanent über das mannigfaltige Angebot.

Zu später Stunde amüsierte sich noch eine ansehnliche Schar Unermüdlicher beim Karaoke-Singen, bis die hereinbrechende Nacht und das trügerische Gerücht, der Biervorrat gehe dem Ende zu, die Nimmermüden mit der letzten Fahrt des «wengianissimo»-Pendelbusses nach Solothum zurücktrieb.

Am Montagmorgen früh, lange bevor der Berg zum Katerbummel rief, legten sich das 16köpfige OK, die Aktivitas und diverse freiwillige Helfer bereits mächtig ins Zeug. Es galt, die aufwendige Festinfrastruktur abzubauen und die Festplätze in ihren ursprünglichen Zustand zurückzuversetzen. Zum Mittagessen traf sich diese Wengianer Arbeitsbrigade in der Weyeneth'schen Gaststube zum 111i-Bier und der übriggebliebenen Suppe mit Spatz, welche aufgewärmt noch einmal so gut schmeckte. Es tat gut, die aufkeimende Wehmut über das dem Ende entgegengehende Bombenfest bei harter körperlicher Arbeit zu vergessen. Und noch stand ja der Katerbummel bevor.

Seit 11 Uhr hatte sich der Weissenstein nämlich mit über 80 Wengianern und ihrem Anhang bevölkert. Petrus war allem Anschein nach der Ansicht, seine Schuldigkeit mit dem strahlend schönen Sonntag getan zu haben, blies er doch der fröhlichen Katergemeinde auf der Terrasse einen kühlen Wind ins Gesicht. Um so gemütlicher war es in der Kurhaus-Gaststube, wo im Laufe des Nachmittags so mancher schöne Kantus angestimmt wurde. Als gegen 16 Uhr auch die letzten des Organisationskomitees den Top of Solothum erreicht hatten, schien sich «wengianissimo» in den letzten Zügen noch einmal aufzubäumen. Doch alles hat schliesslich ein Ende; alles? Nicht «wengianissimo!»

Auf dem Höhepunkt der Katerstimmung griff Flott nämlich kurzerhand zu einem Tischset und funktionierte dieses zu einer Anmeldeliste für eine «wengianissimo»-Ausplampete am Dienstagabend bei Midas um. Dieser, gute Miene zum flotten Spiel machend, empfing deshalb tags darauf eine gute Stube voll Wengianer samt ihren Bäsen zu Erbssuppe, Linsensuppe, Gnagi, Zunge und 111i-Bier. Nach einer ebenso kalorientriefenden Nachspeise fand auch dieser gemütliche Abend – und damit

die Jubiläumsveranstaltungen im Rahmen der Feier zum 111. Geburtstag der Wengia unter dem Motto «wengianissimo» – mit einem Schlusskantus sein Ende.

Der Sufludi hat seine Schuldigkeit getan, der Sufludi kann gehen. Mit der Erinnerung an herrliche Stunden im Kreis der Wengianer, vielen aufgefrischten und etlichen neuen Bekannt- oder Freundschaften trottete ich gegen Mitternacht mit leichter Wehmut und einer Träne im Knopfloch ins Philisterleben zurück. Es war bereits Mittwoch, als ich im Archiv ankam und es mir in einem Regal zwischen einem rostigen Rapier und einem Stammbuch aus dem Jahre 1916 bequem machte. Der Tag 1 nach «wengianissimo» hatte begonnen.

Es war halt doch ein schönes Fest!

Mit grün-rot-grünem Gruss,
Euer Sufludi
(Ghostwriter: Ernst Felchlin v/o Brevis)

SCIENTIA

Die Förderung des wissenschaftlichen Interessens – unsere Aufgabe und Verpflichtung

Vorgeschichte

Im Februar 1821 bildete sich in Solothurn unter dem Namen «Gesellschaft Schweizerbiederkeit und Wissenschaft anstrebender Jünglinge» die erste Studentenverbindung. Bemerkenswert, dass schon vor bald 175 Jahren Gymnasiasten sich der Wissenschaft verpflichtet fühlten! Zwei Jahre später wurde der Eintritt in die Zofingia beschlossen. Doch schon ein Jahr später wurde sie gegen vehementen Protest der Studenten von der Obrigkeit aus politischen Gründen aufgehoben. Die liberale Umwälzung von 1830 ermöglichte das Wiederaufleben der Zofingia mit den Devisen «Vaterland, Freundschaft, Wissenschaft». Seit 1847 besassen auch die Helvetia und der katholische Studentenverein ihre Sektion in der Aarestadt. Angesichts der langwierigen, vorwiegend politischen Streitigkeiten mit der radikalen Regierung unter Landammann von Vigier wurden 1883 die drei Verbindungen von der Regierung endgültig aufgehoben.

«Scientia» als dritte Devise der Wengia Solodorensis

Im Oktober 1884 reichten – wie bekannt – 15 beherzte Schüler des Gymnasiums und der Realschule dem Rektorat einen Statutenentwurf für eine Studentenverbindung mit dem geschichtsträchtigen Namen «Wengia» ein. Die Devisen sollten lauten «Vaterland, Freundschaft, Fortschritt».

Das Placet der Professorenkonferenz wurde am 3. November 1884 mit der Forderung erteilt, dass die Devise «Fortschritt» durch «Wissenschaft» zu ersetzen sei, um allen Schülern der Kantonsschule den Eintritt in die neu zu gründende Studentenverbindung zu ermöglichen. Die Professorenschaft (und der Re-

gierungsrat) wollten damit einer erneuten Einmischung in die Politik den Riegel schieben. Nachdem die Gesuchsteller der Änderung der Devise «Progressus» in «Scientia» zugestimmt hatten, genehmigte der Regierungsrat am 7. November den Statutenentwurf. Damit war die Wengia Solodorensis gegründet. Eugen Dietschi v/o Quint schrieb in der Festschrift zur 100-Jahr-Feier in seinen Betrachtungen zu unseren Devisen: «Ihnen hat die Wengia bis zum heutigen Tag die Treue gehalten; sie sind die Lebenskraft unseres Bundes.»

Die Auswirkungen der Devise «Scientia» auf die Aktivitas und die Alt-Wengia

Seit der Gründung der Wengia Solodorensis hat sich der Begriff «Scientia» laufend der gesellschaftlichen Entwicklung und ihren Gegebenheiten angepasst. Ursprünglich bedeutete Wissenschaft im humanistisch-naturwissenschaftlichen Sinn wertneutrale Verpflichtung auf Forschung und Lehre. Forschung ist nach wie vor geistige Tätigkeit Einzelner oder von Gruppen (Teamwork) mit dem Ziel, in nachprüfbarer Weise neue Erkenntnisse zu gewinnen. Lehre hingegen ist Wissen zu vermitteln und zu wissenschaftlichem Denken zu erziehen. Weder Forschung noch Lehre sind ausschliesslich an Hoch- und Mittelschulen gebunden, obwohl sich in unserer Gesellschaft in erster Linie die Institutionen des sekundären (Mittelschulen) und tertiären (Universitäten und Hochschulen; Fachhochschulen) Bildungsbereiches mit wissenschaftlichen Problemen befassen. Da Fortschritt die Triebfeder der Forschung ist, haben seinerzeit die Rektoren bewusst oder unbewusst den Begriff «Progressus» durch den übergeordneten wertneutralen Begriff «Scientia» ersetzt. Für die fortschrittsgläubigen Wengianer in spe bestand deshalb kein Grund, den Vorschlag der Rektoren nicht zu akzeptieren. 1980 hat die Wengia in § 3 den Zweck dahin präzisiert, dass es ihre *Aufgabe* und *Verpflichtung* sei, das wissenschaftliche Interesse ihrer Mitglieder zu fördern. Damit hat sie den Wissenschaftsbegriff in optimaler Weise an die Möglichkei-

ten einer Mittelschulverbindung adaptiert. Der Zweckartikel fährt dann fort: «Sie soll diese durch Freundschaft zu vereinigen suchen und sie anhand von Vorträgen und Diskussionen befähigen, als vorbereitete Staatsbürger ins Leben zu treten.» Sowohl die Aktiv- als auch die Alt-Wengia haben durch Vorträge mit anschliessender Diskussion das wissenschaftliche Interesse ihrer Mitglieder über 111 Jahre hinweg nachhaltig gefördert. Warum sollte die Aktiv-Wengia nicht wieder vermehrt kompetente Referenten für ihre Vorträge über relevante Fragen unserer Gesellschaft zu gewinnen versuchen? Das geistige Reservat der Alt-Wengia ist gross genug, dieses Bedürfnis weitgehend abzudecken. In den Kriegsjahren haben wir damit viel Erfolg gehabt. Die Wengia wurde auch zum Nährboden der akademischen Berufe, haben doch nach dem neuesten Mitgliederverzeichnis weit mehr als 4/5 der 1608 Wengianer an einer Universität oder Hochschule studiert.

Unsere Verbindung ist Dank den Devisen Patria und Amicitia trotzdem eine gesellschaftliche Klammer zwischen Nichtakademikern und Akademikern geblieben. Schade, dass im Verlauf der Zeit der Zufluss aus dem Lehrerseminar immer wie spärlicher wurde und schliesslich versiegte. Wohl kein Zufall, dass der letzte Wengianer, der das Lehrerseminar besuchte, 1967/68 aktiv war! Der Hauptharst unserer Mitglieder entfällt nach wie vor auf das Gymnasium, gefolgt von der Oberrealschule. Erfreulicherweise entscheiden sich immer mehr Schüler des Wirtschaftsgymnasiums für unsere Farben. Diese Entwicklung ist erfreulich, denn laut Bundesamt für Statistik wird der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften in Zukunft am meisten «zulegen». Ferner schlugen mehr als 30 Wengianer eine Hochschullaufbahn ein und sechs Altherren erhielten für akademische Verdienste den Ehrendoktor, die höchste Auszeichnung, welche Universitäten und Hochschulen verleihen können.

Die Hauptaufgabe der Mittelschulen ist nach wie vor die wertneutrale Wissensvermittlung und die Vorbereitung auf die Hochschulen. Oft wird kritisiert, dass die Mittelschulen nicht genügend über die Möglichkeiten der akademischen Berufe in-

formieren. Warum übernimmt diese Aufgabe für unsere Aktiven nicht auch die Alt-Wengia? Sie würde damit auch die Bande zwischen jung und alt fördern!

Seit dem Zweiten Weltkrieg ist ein grosser Wandel eingetreten. Eine Wissenslawine von ungeahntem Ausmass ist auf uns zugekommen, die kaum mehr verdaut werden kann und wesentlich zur Spezialisierung und Subspezialisierung beiträgt. Das herkömmliche Wissen, das wir an den Mittel- und Hochschulen erlernten, wird dadurch relativiert. Nach dem Präsidenten der ETH Zürich, Prof. Dr. J. Nüesch, beträgt der Wissensschub seit 1950 fast 4/5 unseres damaligen Wissens. Sicher ist diese Entwicklung nicht in allen akademischen Fächern gleich intensiv. In den naturwissenschaftlichen Fächern und in der Medizin ist die Wissenszunahme besonders gross. Hierzu nur ein Beispiel: Die Halbwertszeit eines medizinischen Lehrbuches vor 1965 ging von 12 Jahren auf jetzt 3 bis 5 Jahre zurück. Die Zeiten, wo man mit dem an den höheren Schulen (dazu gehören auch die kommenden Fachhochschulen) erworbenen Wissen sich gemächlich als wohlangesehener Akademiker niederlassen konnte, sind endgültig vorbei. Deshalb ist die Weiterbildung in allen Berufen eine absolute Notwendigkeit geworden. Die moderne Lehre umfasst deshalb auch, dass der junge Mensch die Weiterbildung nicht als Zwang, sondern als eine gesellschaftliche Verpflichtung auffasst.

Wir wollen und müssen engagierte Persönlichkeiten heranbilden, die bereit sind, überdurchschnittliche Leistungen zu erbringen, Verantwortung zu tragen und sich für gesellschaftliche und politische Entwicklungen zu interessieren. Überlassen wir diese Aufgabe nicht ausschliesslich den staatlichen Schulen! Diesbezüglich können die Studentenverbindungen mit ihren Altherrenverbänden eine wichtige Funktion erfüllen. Der Gedanke der Weiterbildung muss meines Erachtens noch mehr als bisher ins Vortragskonzept sowohl der Aktiv- als auch der Alt-Wengia integriert werden. Dass in diesem Rahmen nur Fragen von allgemeiner Bedeutung angesprochen werden können, versteht sich von selbst.

Zusammenfassend darf gesagt werden, dass wir Wengianer nicht nur die Devisen Patria und Amicitia, sondern auch die Devise Scientia mit Leben erfüllten. Für die jüngere Generation hat die Devise «Patria» nicht mehr die gleiche Bedeutung wie für uns älteren Wengianer. Um so mehr hat die Devise «Scientia» gesellschaftspolitisch an Wichtigkeit gewonnen. Tragen wir deshalb vermehrt Sorge zur Aufgabe und Verpflichtung, das wissenschaftliche Interesse ihrer Mitglieder zu fördern!

AH Urs W. Schnyder v/o Keil

«wengianissimo» – Fröhliche Gesichter am Sonntagmittag in Nennigkofen.

PATRIA

Der Liberalismus –
Gedanken zu einem Leitmotiv der Wengia

Für die Wengia ist die Devise «Patria» weit mehr als ein Lippenbekenntnis, nämlich eine stete Verpflichtung zur politischen Erziehung und Schulung ihrer Mitglieder. Diese will sie, wie § 3 der Verbindungsstatuten sagt, «anhand von Vorträgen und Diskussionen befähigen, als vorbereitete Staatsbürger ins Leben zu treten».

Natürlich haben die politischen Aktivitäten der Wengia im Lauf der Zeiten auch einen Wandel durchgemacht. Ursprünglich bestand eine enge Bindung zur Freisinnig-demokratischen Partei, was die Statuten mit dem Satz zum Ausdruck brachten: «Die Politik der Wengia ist freisinnig». Das ist aus der parteipolitischen Situation zur Gründungszeit sehr wohl erklärlich, stand der Liberalismus doch damals immer noch im Abwehrkampf gegen eine ihm feindliche Reaktion. Indessen hat sich manches geändert; der freiheitlich-demokratische Staat ist heute bei uns fest etabliert und auch von den konservativen Kräften kaum mehr grundsätzlich in Frage gestellt. Es gibt auch in nicht-freisinnigen Parteien Leute mit liberaler Grundhaltung, wiewohl festzuhalten ist, dass der Liberalismus in der Freisinnig-demokratischen Partei immer noch die stärkste Verfechterin findet.

Entsprechend dem erwähnten Wandel legen die Verbindungsstatuten vom Jahre 1980 in § 2 fest: «Die Wengia ist *politisch unabhängig,* gesinnungsmässig aber liberal.» Im Grundsätzlichen hat sich also nichts geändert, wohl aber in der Praxis. Die statuierte politische Unabhängigkeit dürfte auch aus allgemeinen Überlegungen richtig sein. Junge Leute, die sich erst noch über die Grundlagen unseres Staatswesens klar werden müssen, sollten nicht zu früh auf ein parteipolitisches Credo festgenagelt werden, sondern offen bleiben, auch für Kritik an

der liberalen Praxis. Nur so können solide Überzeugungen reifen. Wer wie die Wengia für eine freiheitliche Gesellschafts- und Staatsordnung eintritt, muss sich mit der

Problematik der Freiheit

auseinandersetzen, um gegenüber deren Feinden gewappnet zu sein. Darum ist es wünschbar, dass in den Sitzungen der Verbindung neben aktuellen Einzelthemen immer auch Grundsatzfragen zur Diskussion gestellt werden. Es ist ja leider ein Mangel der heutigen parteipolitischen Tätigkeit, dass sie sich zu sehr nur mit augenblicklich zur Entscheidung stehenden Fragen, vor allem Abstimmungsvorlagen, befasst und dabei die Aussprache über das Grundsätzliche und die grossen Zusammenhänge in der Politik vernachlässigt.

Wichtig wäre es, sich immer wieder darauf zu besinnen, was liberale Politik auf den verschiedensten Gebieten des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens bedeutet und welche *unabdingbaren Voraussetzungen* sie hat. Darum sollten die in der Wengia verbundenen jungen Staatsbürger auch die Parolen der freisinnigen Partei nicht ungeprüft übernehmen. «Mehr Freiheit – weniger Staat!» tönt gut für junge wie für alte Ohren. Unter welchen Bedingungen aber lässt sich staatliche Intervention abbauen und damit mehr individuelle Freiheit erreichen und auch verantworten?

Da wäre zunächst zu fragen, welches denn legitime Gründe staatlicher Intervention sein können, auch aus liberaler Sicht. Allgemein dürfte anerkannt sein, dass die individuelle Freiheit an den unverzichtbaren Interessen des Staatswesens und der Gesellschaft ihre Grenzen finden muss. Darauf gründet ein wesentlicher Teil unserer Rechtsordnung. Die Schwierigkeit liegt nur darin, dass jede Zeit diese Grenzen etwas anders sieht. Nicht alles, was Behörden oder Parteien als im öffentlichen Interesse liegend proklamieren, wird heutzutage noch ohne weiteres akzeptiert. Wertordnungen sind eben wandelbar. Nicht Schlagworte, sondern sorgfältiges Abwägen von Argumenten

und Gegenargumenten sollte schliesslich fur Lösungen den Ausschlag geben.

Das tönt alles sehr abstrakt. Gehen wir also ins Konkrete. Viel staatlicher Interventionismus besteht in gesetzlichen Verboten oder Geboten. Man denke nur an den Umweltschutz, speziell die Erlasse zum Schutz der Gewässer und der Atmosphäre. An und für sich besteht ein breites Einverständnis darüber, dass diese Existenzgrundlagen für Mensch und Natur nicht lebensbedrohend in Frage gestellt werden dürfen. Welche Einschränkungen menschlicher Tätigkeiten hiefür aber nötig sind, ist vielfach umstritten, nicht zuletzt darum, weil auf manchen Gebieten die wissenschaftlichen Grundlagen noch ungenügend sind, trotz intensiver Forschung (man denke an den Streit über das Waldsterben!). Mit der Parole «Mehr Freiheit – weniger Staat!» wird nun – beileibe nicht nur auf dem zur Diskussion stehenden Sachgebiet – für

mehr Selbstverantwortung

plädiert, die gesetzliche Erlasse oder zumindest einzelne einschränkende Bestimmungen überflüssig machen könnte. Die Überlegung, dass Freiheit Selbstverantwortung voraussetzt, ist gewiss richtig. Die Frage bleibt nur: Wie lässt sich vermehrte Selbstverantwortung des Einzelnen oder der Interessengruppen nicht bloss postulieren, sondern auch wirklich erreichen? Denn wo sie an die Stelle von staatlichen Vorschriften treten soll, bedeutet sie regelmässig auch Selbstbeschränkung, also teilweisen Verzicht auf die Ausübung eines Rechts oder die Inkaufnahme eines materiellen Nachteils. Die Einsicht in die Notwendigkeit eines solchen Opfers kann zwar vorhanden sein, vielleicht aber nicht der Wille zur nötigen Selbstüberwindung.

Wie weit kann liberale Politik in unserer stark materialistischen Gesellschaft ein gefestigtes *ethisches Denken und Handeln* voraussetzen? Wir müssen die Augen offen halten für das, was rings um uns geschieht, und wir werden dabei zu einer gewissen Skepsis gelangen. Nicht dass Ethik für die Wirtschaft,

die ja von staatlichen Interventionen am meisten betroffen wird, ein Fremdwort wäre, nein, an Symposien nehmen Wirtschaftsführer zu diesem Thema heute häufiger als früher Stellung. Sie haben erkannt, dass ethisches Verhalten, selbst wenn es ihre unternehmerische Freiheit in gewissem Masse einschränkt, der Wirtschaft nicht schaden muss, sondern letztlich ihre Grundlagen, zu denen eine intakte Natur gehört, sichert. Wie aber verhält sich da der Einzelne? Die heute zunehmend scharfe Konkurrenz innerhalb der Marktwirtschaft führt naturgemäss zu einem starken Druck, alle Einschränkungen, die vordergründig kostenvermehrend sind, abzulehnen. Wenig Chancen also für die Selbstverantwortung!

Es geht hier vor allem um das Problem der Wettbewerbsverzerrung. Wer aus Rücksicht auf höhere Interessen freiwillig gewisse kostenvermehrende Lasten auf sich nimmt, hat im Verhältnis zu jenen, die aus Eigennutz ein solches ethisch zwar gebotenes, aber gesetzlich nicht befohlenes Handeln für sich ablehnen, einen unbestreitbaren Wettbewerbsnachteil; er ist, populär ausgedrückt, der Dumme. Aus dieser Einsicht heraus postulieren manche industriellen Unternehmer, die die ökologische Notwendigkeit entsprechender Einschränkungen einsehen, den Erlass verbindlicher Normen, um einen fairen wirtschaftlichen Wettbewerb zu gewährleisten.

Dennoch: Gesetzliche Schranken können einen Mangel an Selbstverantwortung niemals aufwiegen; aus liberaler Sicht sind sie als *notwendiges Übel* zu betrachten. Um so dringender erscheint die bewusste Erziehung junger Menschen zur Selbstverantwortung als ethischer Grundlage einer liberalen Gesellschaft. Eine Studentenverbindung, die sich als solidarische Gemeinschaft versteht, bietet dafür günstige Voraussetzungen. Sie wirkt der Eigenbrötelei entgegen und fördert den Gemeinsinn, ein auf die Bedürfnisse der Gesellschaft ausgerichtetes Denken. So ergibt sich dann auch die Fähigkeit, die Grenzen der persönlichen Freiheit zu erkennen. Dabei wird der jugendliche Hang zum Anarchischen immer noch für genügend frische Luft sorgen.

Der demokratische Staat

Mit der Devise «Patria» steht die Wengia aber nicht nur für einen liberalen, sondern auch für einen demokratischen Staat ein, in welchem das Volk in den wichtigsten Fragen das letzte Wort haben soll. Der heute lauter werdende Ruf nach einer Totalrevision der Bundesverfassung wird besonders die jüngere Generation mobilisieren und für sie Anlass sein, über unsere demokratischen Strukturen zu diskutieren. Dabei dürfte ein Blick über die Landesgrenzen den Anstoss geben, unser System der *direkten Demokratie* mit demjenigen der *repräsentativen* zu vergleichen und Vor- und Nachteile der beiden Modelle aufzulisten, auch wenn nicht anzunehmen ist, dass die Schweiz je auf die direkte Demokratie, ihre stolze Errungenschaft, verzichten wird. Für die bisherige Staatsform spricht die Überlegung, dass Volksentscheide in dem von ihnen betroffenen Volk breiter abgestützt sind, also mehr Legitimität beanspruchen dürfen als blosse Parlamentsbeschlüsse. Sie werden denn auch eher von der Mehrheit mitgetragen, wenn sie sich schliesslich als unglücklich oder gar falsch erweisen. Dass das Volk als Gesamtheit über sein Schicksal entscheiden kann, erscheint in einem höhern Sinne als gerecht.

Anderseits weist die direkte Demokratie wesensbedingt eine manchmal sehr nachteilig sich auswirkende Schwerfälligkeit und damit auch eine *geringere Effizienz* auf als die repräsentative. Es ist daher kein Zufall, dass vor allem Wirtschaftsfachleute zu ihr ein etwas zwiespältiges Verhältnis haben. In neuerer Zeit, wo an der Urne in immer schwierigeren, komplexeren Fragen zu entscheiden ist – man denke an die EWR-Abstimmung! – führt auch die mangelnde Sachkompetenz des Volkes zu einer grossen inneren Unsicherheit, einem Gefühl der Überforderung. Wie der Politwissenschafter Dr. *Silvano Mockli* in den «Schweizer Monatsheften», Ausgabe September 1995, ausführt, wäre es jedoch «inkonsequent, von einer starken Demokratie gleichzeitig höchste Effizienz zu erwarten». Parlamentarische Systeme, sagt er, mögen zwar «über kurze Frist gesehen effizienter sein», kaum aber auf längere Sicht betrachtet.

Immerhin, die Schwächen des Systems, bei dem man zu bleiben gedenkt, sind stets im Auge zu behalten. Die zunehmende quantitative (Unzahl von Initiativen und Referendumsbegehren) und qualitative Überforderung des Stimmbürgers führt zu einem gewissen Malaise, das schliesslich der Stimmungsdemokratie Vorschub leistet, wo populistische Schlagworte mehr und mehr den Ausschlag für die Entschlüsse der Stimmenden geben. Das sollte Anlass sein, in der Lancierung von Volksinitiativen und Referendumsbegehren eine kluge Zurückhaltung zu üben. Wie in der Ausübung der individuellen Freiheitsrechte der Sinn für Grenzen erforderlich ist, so bei der Ausübung der politischen Rechte der Sinn für das Mass. Heute wachsen leider nach jeder Ablehnung einer Volksinitiative zwei neue nach; man könnte von einer Hydra sprechen.

Dieser Gefahren sollten wir uns bewusst sein, wenn von sozialdemokratischer Seite nun sogar ein weiterer Ausbau der direkten Demokratie in Form eines sog. «konstruktiven Referendums» gefordert wird, durch das die dem Referendum unterstehenden Parlamentsbeschlüsse in einzelnen Teilen abgeändert oder ergänzt werden könnten. Mit andern Worten: Das Volk hätte zu diesen Vorlagen nicht nur das letzte Wort im Sinne von Ja oder Nein, sondern es würde selber zum Gesetzgeber. Dass damit vom Parlament mühsam errungene Kompromisse nachträglich leichthin zunichte gemacht und Unstimmigkeiten in eine Vorlage hineingetragen werden könnten, liegt auf der Hand. Dilettantismus wäre angesagt und die Funktion des Parlamentes als Gesetzgeber recht eigentlich in Frage gestellt.

Die junge Generation, deren Blick naturgemäss in die Zukunft gerichtet ist, wird sich mit der Erörterung unseres Staatssystems wohl nicht zufrieden geben, sondern auch unser

Verhältnis zur übrigen Welt

speziell zu den Vereinten Nationen und zu Europa, als lebenswichtige Frage betrachten. Auf wieviel Souveränität dürfen wir im Interesse einer solidarischen *Einbindung in übernationale*

Organisationen verzichten? Dass es ohne Einbussen nicht gehen wird, leuchtet ein: Wer sich einer Körperschaft anschliesst, verzichtet – allerdings freiwillig – stets auf einen gewissen Teil seiner Selbstbestimmung. Das gilt sogar für den Beitritt zu einer Studentenverbindung! Es geht nicht darum, in diesen umstrittenen Fragen möglichst rasch zu einem Schluss zu kommen, sondern für Argumente und Gegenargumente offen zu sein, handelt es sich doch um eigentliche Schicksalsfragen von grosser Tragweite. Dass die Jungen angesichts einer gewissen alteidgenössischen Immobilität gelegentlich die Geduld verlieren, ist verständlich. Zur politischen Erziehung gehört aber auch die Erziehung zur demokratischen Geduld – nicht einer unbegrenzten freilich: der Karren muss doch einmal vorankommen!

Niemals freilich darf der Anschluss an eine übernationale Organisation unsere kulturelle Eigenständigkeit und unsere Wehrhaftigkeit in Frage stellen. Das Bekenntnis der Wengia zur Devise Patria umfasst auch den *Willen zur militärischen Landesverteidigung,* die aber ergänzt werden soll durch engagierte Mitwirkung an friedenserhaltenden Initiativen. Auch als neutrales Land dürfen wir nicht untätig von der Tribüne aus dem Weltgeschehen zuschauen.

AH Hans Derendinger v/o Stift

Bundesfinanzen wohin?

Vortrag von Herrn Dr. h.c. E. Rüesch, Ständerat SG anlässlich der Generalversammlung vom 19. 11. 1994 im Landhaus in Solothurn

Das Defizit der öffentlichen Hand, also von Bund, Kantonen und Gemeinden zusammen, betrug 1993 16 Milliarden Franken. Nachdem eine Umfrage ergeben hat, dass kaum 40% der schweizerischen Bevölkerung weiss, wieviele Millionen eine Milliarde hat, muss dieser Betrag veranschaulicht werden. Für 16 Milliarden Franken liefert mein Getränkehändler 10 Milliarden Flaschen Lagerbier ins Haus. Nachdem die alte studentische Gleichung 1 m Bier = 13 Flaschen immer noch gilt, ergibt diese Summe eine Bierflaschenreihe, die 19mal um die Erde geht.

Die Hälfte des Defizites, nämlich 7,8 Milliarden, hat der Bund verursacht. Für 1997 wird wiederum ein Defizit von 7 Milliarden Franken erwartet, und für das Budget 1995 ist es den Finanzkommissionen der beiden Räte nicht gelungen, das Defizit unter 6 Milliarden zu drücken. Für 1996 und 1997 sind ebensohohe Defizite prognostiziert.

Dabei hat das Volk in mehreren Abstimmungen, von den Treibstoffzöllen über die Strassenverkehrsabgaben bis zur Mehrwertsteuer, dem Bund ab 1995 Mehreinnahmen von total 3,5 Milliarden Franken pro Jahr zugesprochen. Welches Volk dieser Erde würde in freier Abstimmung so etwas beschliessen?

Wenn trotz dieser Mehreinnahmen solche Defizite anstehen, muss «etwas faul sein im Staate Dänemark»!

Die Finanzen waren früher schon ein Problem. Nicht umsonst hat man im Frankreich der Könige von 1315–1781 nicht weniger als 37 Finanzminister geköpft, gehängt oder verbannt.

Wir überfordern den Staat aber nicht nur im finanziellen, sondern auch im gesellschaftspolitischen Bereich. Der Staat kann nicht alle Probleme lösen, weder in der Wirtschaft noch in der

Gesellschaftspolitik. Es war die Illusion des sozialistischen Systems zu glauben, der Staat könne alle Wirtschaftsprobleme lösen. Auch Aufgaben der Volksgesundheit, wie z. B. das Drogenelend, kann der Staat allein nicht lösen. Ebenso ist das Problem der neuen Armut mindestens so sehr eine Bürde für die Gesellschaft wie für den Staat. Wenn Familien zerfallen oder versagen, kann der Staat zwar Unterstützung aller Art gewähren, nicht nur finanzielle, aber mehr als unterstützen kann er nicht. Die Entwicklung jeder Gesellschaft hat eine innere Dynamik, die vom Staat nur teilweise beeinflusst werden kann. Eine deutsche Zeitung stellte kürzlich fest: «Der Grund, warum so viele Dinge noch funktionieren, liegt darin, dass sich die Politiker nicht um alles kümmern können!»

Für heute wollen wir uns auf die finanzielle Überforderung der Eidgenossenschaft beschränken. Im Gegensatz zu bestimmten Behauptungen liegen die Ursachen nicht bei den Militärausgaben. Diese betrugen 1960 noch 34,7% der Bundesausgaben, 1993 noch 14,2%, prozentual also nicht einmal mehr die Hälfte.

Auch die heute so viel diskutierte Landwirtschaft trägt nicht die Hauptschuld, obwohl die Vermarktung des Käses pro Jahr eine halbe Milliarde Franken kostet. 1960 betrugen die Ausgaben für die Landwirtschaft noch 12,3% des Bundesbudgets, 1993 waren es 8,4%.

Es ist der Sozial- und Dienstleistungsstand, der den Nachtwächterstand des letzten Jahrhunderts abgelöst hat, der die Ausgabenexplosion ausgelöst hat. Analysiert man die Rechnung des Bundes, so fällt vor allem der rasche Anstieg der Sozialausgaben ins Auge. Von 1960 bis 1993 stieg der Anteil der Sozialausgaben von 13,4 auf 27,8% der Ausgaben. Mehr als jeder vierte Franken fliesst heute in die Sozialausgaben. Von 1988 bis 1993 stiegen die Sozialausgaben des Bundes um 92,8%. Die öffentliche Hand finanziert heute 30% der ganzen Sozialversicherung. Im Jahr 1994 überstiegen die Sozialausgaben in der Schweiz die 100 Milliarden-Grenze und die Marke von 30% des BIP.

In Bildung und Forschung verdoppelten sich die Bundesausgaben innert 10 Jahren, das durchschnittliche jährliche Wachstum belief sich bei der Bildung auf 8%, bei der Forschung sogar auf 10%.

Von 1987 bis 1992 stiegen die Bundesausgaben nominal um 60%, das BIP aber um nominal nur 22%.

Von 1990 bis 1993 stiegen die Ausgaben des Bundes um 28%, die Einnahmen um 0,3%.

1993 brachte es der Bund fertig, 7,4% mehr auszugeben, während die Einnahmen um 6,2% zurückgingen. Die Staatsquote, für welche beim Bund lange die 10%-Marke des BIP galt, ist inzwischen auf 12% angewachsen.

Es geht uns miserabel, aber auf sehr hohem Niveau.

In dieser Lage haben wir drei Möglichkeiten:

1. Schulden machen,
2. neue Einnahmen beschaffen,
3. sparen, d. h. die Grenzen des überdehnten Leistungsstaates so festlegen, dass das Ganze finanziell tragbar bleibt.

Momentan machen wir rasch neue Schulden. Die Bundesschuld betrug 1980 noch 32 Milliarden, 1990 bereits 40 Milliarden. Sie wird Ende 1994 auf 80 Milliarden angewachsen sein. In vier Jahren haben sich die Schulden verdoppelt. Ohne Gegensteuer wird die Bundesschuld bis 1998 auf 110 Milliarden anwachsen. Dazu kommen die Schuldenberge der Kantone und Gemeinden. Ein Sprichwort sagt zwar: «Ein Staat, der sich nicht verschuldet, tut nichts für seine Zukunft.» Das ist richtig, wenn er sich verschuldet, um zu investieren. Wir verschulden uns aber in zunehmendem Masse, um den Konsum zu bezahlen. Wenn ein Gewerbler neue Maschinen kauft und dafür Schulden macht, so geht das an, wenn er aber Schulden macht, um seine Ferien in Thailand zu finanzieren, so ist das selbst dann von Übel, wenn er die eigene Frau mitnimmt.

Die EU hält in ihren Maastrichter Kriterien für den Eintritt in die Währungsunion u. a. fest, dass die jährliche Neuverschuldung nicht mehr als 3% des BIP beträgt und dass die gesamte Staatsschuld 60% des BIP nicht übersteigen darf. Das erste Kri-

terium erfüllen wir nicht mehr. Statt bei 3% liegen wir annähernd bei 5%. Das zweite Kriterium erfüllen wir noch, aber nicht mehr lange. Heute sind wir bei 44%, in 5 Jahren – gemäss Finanzprognose – bei 55%.

Die Nachteile der Variante Verschuldung sind offensichtlich. Der Anteil der Staatsausgaben, die in die Zinsen fliessen, wird immer grösser. Deutschland gibt bereits «jede fünfte Staatsmark» für Zinsen aus.

Der Zinsendienst ist in Deutschland die zweitgrösste Staatsausgabe, sie folgt gerade hinter den Sozialausgaben. Schon im Talmud kann man den Satz lesen: «Zinsen wachsen ohne Regen.» Mit der Zinslast wird der Handlungsspielraum des Staates immer enger, in Zeiten von grossem Kapitalbedarf besteht die Gefahr des sogenannten «Crowding out», d. h. der Staat treibt die Zinsen hoch, worauf die privaten Investitionen sinken. Wer Schulden macht, lebt zudem zu Lasten kommender Generationen. Schon Montesqieu geisselt in seinem Buche «Vom Geist der Gesetze» diese Mentalität an, indem er schreibt, es sei nichts Ungewöhnliches, dass ein Staat, um sich zu ruinieren, Mittel anwende, die er ausserordentlich nenne und die das in so hohem Grade seien, dass der liederlichste Sohn einer Familie kaum auf sie verfallen möchte.

Damit kommen wir zur zweiten Möglichkeit, zur Beschaffung neuer Einnahmen. Zu den vom Volke bewilligten neuen Abgaben von 3,5 Milliarden Franken pro Jahr will der Bundesrat noch mehr neue Steuern. Willy Ritschard hat nicht ungern den deutschen Finanzminister Franz Etzel zitiert, der gesagt hat: «Der Staat ist keine Kuh, die im Himmel gefüttert und auf der Erde gemolken wird.» Die Phantasie unserer Fiskalisten kennt denn auch keine Grenzen, um der Staatskuh neues Futter auf der Erde anzubieten, von der Energiesteuer über die CO_2-Abgabe bis zum Proportionaltarif. Weil die Bevölkerung auch merkt, dass die Wahlversprechen von gestern die Steuern von morgen sind, versucht man, Steuern zu erfinden, welche von einigen wenigen zu zahlen sind. Im Alten Rom liessen gewisse Kaiser reiche Männer hinrichten, um ihre Güter einzuziehen. Inzwischen ist

man humaner geworden. Man hat gelernt, Güter ohne Hinrichtungen einzuziehen. Paul Ramadieu, Ministerpräsident von Frankreich sagte 1947: «Ein Finanzminister ist ein gesetzlich autorisierter Taschendieb.» Die Frage ist offen, wie weit die Geduld des Nettozahlers reicht. Man kann nicht beliebig Steuern einkassieren, um die Grenzen des Leistungsstaates noch mehr auszudehnen. Es gilt immer noch der Satz des Weisen Salomon, der im 10. Jahrhundert vor Christus sagte: «Wer zuviel Steuern einzieht, der richtet seinen Staat zugrunde.» Wer die Steuerschraube zu stark anzieht, provoziert den Steuerwiderstand und die Schattenwirtschaft gemäss dem Prinzip «Steuer tötet Steuer!». Im übrigen hat Umverteilung bis zur Gleichheit schon immer zu Gleichheit in Armut geführt. Der Bundesrat verfolgt zur Sanierung der Bundesfinanzen immer noch die Doppelstrategie: «Neue Einnahmen + sparen.» Bei den neuen Einnahmen dürfte die Reizschwelle demnächst überschritten sein. Wer sich neuen Steuern widersetzt, dem wird heute vorgeworfen, er sei gegen das Sparen. Für gewisse Fiskalisten heisst sparen offensichtlich neue Steuern zu erfinden.

Somit bleibt uns nur noch das effektive Sparen. Jedermann ist heute für das Sparen. Die Leute haben erkannt, dass der Leistungsstaat seine Grenzen überschritten hat, allerdings mit Ausnahme jener Dienstleistung, von der sie persönlich profitieren.

Schon 1970 schrieb Carl Böckli, der legendäre «Nebelspalter»-Redaktor:

«Tüend de Bundessäckel schone
Schtriched di Subvänzione
Grossi, mittleri und chlini
Ali, ali, nu nid mini!»

Wo sollen wir denn sparen? Die Linke weiss wo. Vorerst sollen die Militärausgaben halbiert werden. Die verbleibende Armee kann dann, weil zu nichts mehr tauglich, später auch noch abgeschafft werden. Dieser Steinbruch hat aber ein beschränktes Potential. Selbst wenn wir 1989 die Armee abgeschafft hätten, wäre unser Bundeshaushalt noch mit mehreren Milliarden

in den roten Zahlen. Zur Erfüllung aller Forderungen der Linken müsste man die Armee übrigens zweimal abschaffen können.

Nicht jedes Sparen ist echtes Sparen. Wenn der Bund unverzichtbare Aufgaben auf die Kantone abwälzt, so ist das, gesamtwirtschaftlich gesehen, nicht gespart. Zudem gibt es unverzichtbare Investitionen, z. B. in Bildung und Forschung. Die Saatkartoffeln kann man sich auch in Krisenzeiten nicht ersparen.

Nachdem 85% der Bundesausgaben gebundene Ausgaben sind, brauchen Sparmassnahmen Zeit, denn vorerst müssen die Bindungen fallen, d. h. es müssen Gesetze geändert werden.

Der Widerstand gegen Sparmassnahmen beim Bund ist äusserst gross. Etwas mehr als die Hälfte der Ausgaben sind Subventionen, zwei Drittel der Bundesausgaben sind Transferzahlungen, also Leistungen des Bundes zugunsten anderer. Diese anderen wehren sich gegen den Abbau von Leistungen zu ihren Gunsten. Deshalb waren alle bisherigen Sparprogramme noch kein Abbau von Leistungen, sondern lediglich eine Dämpfung des rasanten Wachstums. Wenn man bedenkt, dass die Transferleistung von 1960 bis 1993 von 57,7% auf 66,7% angewachsen ist, so sieht man den Charakter der Bundeskasse als Selbstbedienungsladen des Parlamentes zum Nulltarif.

Bisher ist es nicht einmal gelungen, das Wachstum von Bundesleistungen auf die Teuerung zurückzunehmen. Jüngstes Beispiel ist der neue Rahmenkredit für die Entwicklungshilfe. In der letzten Vierjahresperiode betrug dieser 3,3 Milliarden Franken. Die Hilfswerke forderten für die nächste Periode gleich 4,2 Milliarden Franken. Bundesrat und Nationalrat bewilligten 3,9 Milliarden, was einem Wachstum von real 3,9% pro Jahr entspricht. Der Ständerat kürzte dann den Kredit um 200 Millionen. Die Differenzbereinigung erfolgt im Dezember. Bundesrätin Dreifuss hat inzwischen an der Konferenz von Kairo am 8. September 1994 gleich eine Verdoppelung unserer Leistungen versprochen. Die Anspruchsinflation an die Leistungen des Staates geht bei real sinkenden Staatseinnahmen munter weiter. «Wir

leben über unsere Verhältnisse, aber noch lange nicht standesgemäss.» Wenn wir zusehen, wo die Leistungen des Staates immer wieder an neuen Orten angezapft werden, so muss man wohl sagen: «Politik ist die Kunst, noch aus der Wüste Wasser auf die eigenen Mühlen zu leiten.»

Jetzt muss die Mutterschaftsversicherung durchgezwängt werden, der Nationalrat hat eine Initiative zur Nivellierung der Kinderzulagen in der ganzen Schweiz auf die heutigen Höchstleistungen gutgeheissen. Die zuständige nationalrätliche Kommission hat zudem einer Vorlage für ein Existenzminimum für jedermann, ob er arbeiten will oder nicht, gutgeheissen. Letztere Idee findet grosse Sympathie in gewissen kirchlichen Kreisen, obwohl der Apostel Paulus seinerzeit geschrieben hat: «Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.» Diese verschiedenen neuen sozialpolitischen Leistungen gingen über Lohnprozente primär zu Lasten der Wirtschaft und nicht des Staates. Dass sich der Staat mit den zunehmenden Lohnkosten der Wirtschaft aber sein Steuersubstrat kaputtmacht, scheint gewisse Sozialpolitiker nicht zu kümmern. Die Arbeitskosten sind in der Schweiz bereits heute so hoch, dass Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden. Die Sozialleistungen betragen heute 36% des Lohns. Würde man alle Vorschläge, die heute zum Ausbau des Sozialstaates gefordert werden, realisieren, käme man auf 51%.

Nicht nur in der Sozialpolitik und in der Entwicklungshilfe wachsen die Forderungen. Die Hochschulkantone verlangen zusätzliche Bundesmilliarden für ihre kantonalen Hochschulen. Kantonale Lobbyisten schnuppern in Bern um die Bundeskrippe, um auch dort Bundesleistungen zu bekommen, wo die Kantone eigene Kraft genug haben. Das böse Wort vom Bettelföderalismus hat durchaus seine Berechtigung. Der Bund soll den SBB deren Schulden von 13 Milliarden abnehmen, und der Nationalrat wollte dem Parlament in eigener Sache eine Pension zu Lasten der Bundeskasse verschaffen. Statt der Vorschläge zum Sparen, also zur Zurücknahme der Grenzen des Leistungsstaates, häufen sich Forderungen zur weiteren Ausdehnung des Angebotes.

Wo die Grenzen dieses Leistungsstaates sind, bleibt also umstritten. Die effektiven Grenzen wären dort, wo die Steuerpresse auf Widerstand stösst und die erhofften Einnahmen infolge kontraproduktiver Fiskal-Massnahmen nicht mehr fliessen. Diese Erkenntnis hatte Jonathan Swift bereits im Jahre 1728. Weil man aber das versprochene «panem et circenses» nicht mehr zurücknehmen kann, die Grenzen des Leistungsstaates also nicht zurücknimmt, sondern noch ausdehnt, geht die grenzenlose Staatsverschuldung trotz aller Beteuerungen weiter. So ist es in sämtlichen Staaten Westeuropas. Belgien hat heute eine Staatsschuld von 131% des BIP. Deutschland wird Ende 1994 eine Schuldenlast haben, welche die 2000-Milliarden-Grenze und damit die Maastrichter Norm um 60% des BIP überschritten hat. Die Staatsschuld der EG-Länder ist in den letzten 20 Jahren von weniger als 40% des BIP auf 70% gestiegen. Die Zinslast hat sich von knapp 6% auf 12% verdoppelt. Vor allem der ungebremste Sozialstaat, der keine Grenzen der Leistung mehr sehen will, führt dazu, dass die Staatsschulden der europäischen Länder in Relation zum BIP weiter wachsen. Solche Schuldenberge können langfristig nur noch mit dem Mittel der Notenpresse, also der Inflation, reduziert werden. Die Inflation ist aber die unsozialste Steuer, die es gibt, denn sie nimmt dem einfachen Volk die Ersparnisse weg.

Wie können wir die Bundesfinanzen in dieser kritischen Lage wieder in Ordnung bringen.

Ich möchte 8 Punkte erwähnen:

1. Revitalisierung der Wirtschaft

Das Bundesdefizit ist ungefähr zur Hälfte konjunktureller, zur anderen Hälfte struktureller Natur. Die Hälfte des Problems wäre in den Griff zu bekommen, wenn die Wirtschaft angekurbelt werden könnte. Der Bundesrat bekundet aber gewaltige Mühe, echte Revitalisierungsprogramme zu formulieren, obwohl er seit zwei Jahren durch in beiden Räten überwiesene Motionen dazu verpflichtet ist. Man hat in Bern jene alte Weis-

heit vergessen, welche lautet: «Wer den Handel schröpfen will, muss ihn zuerst fördern!»

2. Institutionelle Ausgabenbremse

Eine erste Auflage für eine verfassungsmässige Ausgabenbremse, welche Beschlüsse für neue Ausgaben einem qualifizierten Mehr unterstellen will, scheiterte im Ständerat, einer zweiten stimmte er nur mit Zögern und lustlos zu. Wenn das Parlament nicht in der Lage ist, das strukturelle Defizit von rund 4 Milliarden pro Jahr zurückzunehmen, so wird eine Volksinitiative für eine Ausgabenbremse notwendig. Diese könnte etwa darin bestehen, dass das Ausgabenwachstum an das Wachstum des BIP gekoppelt wird.

3. Überprüfung der Finanzströme

Eine Expertengruppe hat dem Bundesrat Vorschläge für eine völlige Neuordnung des heute oft ineffizienten Finanzausgleiches Bund-Kantone unterbreitet. Dazu gehört eine völlige Neuordnung des Subventionswesens. Statt nach der Finanzkraft sollen sich die Subventionssätze u. a. nach den Interessen der ausserkantonalen Nutzniesser richten. Zu hohe Subventionssätze sind zu vermeiden. Zweckbestimmte Bundesbeiträge sollten durch frei verfügbare Mittel abgelöst werden. Der Empfänger soll damit motiviert werden, Produktionsgewinn zu erwirtschaften, usw.

4. Effizientere Verwaltung

Effizienz-Programme in der Bundesverwaltung haben bis heute relativ wenig gebracht. Einen vielversprechenden Ansatz hat der Kanton Zürich im Gesundheitswesen eingeleitet. Das Ziel besteht darin, bei den Krankenhäusern eine Kostenreduktion von 15 bis 25% zu erzielen.

5. Überprüfung aller Staatsaufgaben auf ihre Notwendigkeit

Das EMD wurde vom Bundesrat 1989 beauftragt, eine Verzichtplanung zu erstellen. Inzwischen sind die Militärausgaben von der Rechnung 1990 bis zum Voranschlag 1995 real um 20% gesunken, bei den Rüstungsausgaben sogar um 25%. Die sogenannte Friedensdividende beträgt weit über eine Milliarde Franken pro Jahr. Eine solche Verzichtplanung ist für alle Departemente notwendig. Um zu verhindern, dass der Bund seine Lasten einfach auf die Kantone abschiebt, ist eine Verzichtplanung mit den Kantonen zusammen zu erstellen.

6. Überprüfung des Wohlfahrtsstaates

Der heutige Wohlfahrtsstaat, verstanden als Träger der sozialen Vorsorge im Sinne eines Umverteilungsprozesses, befindet sich zweifellos in einer Sackgasse.

Der Sozialstaat Schweiz kommt nicht darum herum, nach neuen Lösungen zu suchen und einen klaren Richtungswechsel vorzunehmen, ohne dass die Sozialwerke in Frage gestellt werden.

Eine weitere Finanzierung der Sozialwerke über Lohnprozente dürfte angesichts der erwähnt hohen Lohnkosten des Wirtschaftsstandortes Schweiz nicht mehr verkraftbar sein.

Zu den elementaren Anforderungen gehört ein soziales Netz, das dann trägt, wenn man es benötigt. Was wir nicht brauchen, ist ein sozialer «Vollkasko-Staat», den wir uns schon morgen nicht mehr leisten können. Seit 20 Jahren wird das Giesskannenprinzip kritisiert, aber man «Sprützchännelet» munter weiter.

7. Notwendige Mentalitätsänderung

Die Mentalitätsgeschichte ist ein moderner Zweig der Geschichtswissenschaft. Die vorherrschende Mentalität unserer Zeit ist die Anspruchshaltung. Studien über das Abstimmungs-

verhalten am 12. Juni 1994 zeigen in unserem Volk eine sehr hohe Erwartungshaltung in den Leistungsstaat bei einem gleichzeitigen Tief des Vertrauens in die Behörden. Wir alle kennen seit Jahren die «Ohne-mich»-Mentalität und die «Was-nützt-mir-das»-Haltung, die in unserer hedonistischen Gesellschaft sich laufend verstärkt. Seit Jahren wird in diesem Lande auch ein «Feindbild Wirtschaft» gepflegt, wobei man übersieht, dass jedermann irgendwo Teil dieser Wirtschaft ist, als Rentner mindestens noch als Konsument. Ohne eine Revitalisierung des Prinzips Eigenverantwortung wird es schwerlich gelingen, den Leistungsstaat in seine notwendigen Grenzen zurückzuholen. Schon im Jahre 55 v. Chr. schrieb Cicero: «Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden, wenn der Staat nicht bankrott gehen soll... Die Leute sollen wieder lernen zu arbeiten, statt auf öffentliche Rechnung zu leben.»

8. Mehr Engagement der wirtschaftlich führenden Schicht

«Was in der Politik Platz hat, sagen diejenigen, die darin Platz genommen haben!» Die führenden Köpfe unserer Wirtschaft haben in den letzten Jahren immer weniger in der Politik Platz genommen. Angeblich ist die Belastung im Beruf so gross geworden, dass man es sich nicht mehr verantworten kann, im Milizsystem von Politik, Militär, Sozialbereich oder Kultur grosse Aufgaben zu übernehmen.

Es gehört aber zum wirtschaftlichen Handeln, immer dort tätig zu sein, wo die Priorität gegeben ist. Eine solche Priorität ist in unserer Schweiz zurzeit in der Politik gegeben. Unser Leistungsstaat ist eine grosse Errungenschaft. Nun hat er sich aber über seine natürlichen Grenzen hinaus ausgedehnt. Damit läuft er Gefahr, sich selbst schwer zu schädigen, ja zu kollabieren. Bernhard Shaw hat einmal gesagt: «Die Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert, dass wir nicht besser regiert werden, als wir es verdienen.»

Alle, die sich für die Zukunft dieses Staates verantwortlich fühlen, mögen sich an Gottfried Keller erinnern, der im Fähnlein der sieben Aufrechten geschrieben hat: «Keine Regierung und keine Bataillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht imstande ist, selber vor die Haustüre zu treten und nachzusehen, was es gibt.»

«wengianissimo» – Das OK am Katerbummel auf dem Weissenstein.

Das Gemeinwesen

zwischen Ablehnung, Gleichgültigkeit, Misstrauen und Überforderung

Was tun Sie jeweils am 1. August? Der grösste Teil von Ihnen wird vermutlich – je nach Wetter – ans Grillieren denken, an eine Garten- oder andere Wirtschaft, an einen Ausflug an einen See oder auf den Berg. Die wenigsten werden an einer Bundesfeier teilnehmen. Wie zu erwarten war, ist der seit neuem ganztägige Feiertag für den grössten Teil der Bevölkerung einfach ein weiterer freier Tag, an dem man «den Plausch» haben kann. Und unserer Anspruchsmentalität entsprechend soll dieser Feiertag erst noch vom Arbeitgeber bezahlt werden, obwohl männiglich davor warnt, die Wirtschaft noch mehr zu belasten...

Immer mehr Bundesfeiern finden ohne Festansprache statt. Aber auch mit anderen Feiern tun wir uns schwer, denken wir nur an die «Diamant»-Feier 1989 (50 Jahre Kriegsmobilmachung), an die Feiern 1995 anlässlich des 50. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges oder an die bevorstehenden Feiern im Jahre 1998, in welchem offenbar nur des 150jährigen Bestehens des Bundesstaates, nicht aber des Unterganges der Alten Eidgenossenschaft (1798) oder der Loslösung vom Deutschen Reich (1648) gedacht werden darf.

Eine echte, unbeschwerte Festfreude konnte und kann bei diesen Feiern offenbar nie aufkommen. Ständig wird das «Aber» hervorgehoben – gegen aussen überwiegt die Betonung des Versäumten, das schlechte Gewissen.

Am deutlichsten aber ist der Wandel unserer Einstellung gegenüber unserem Land anlässlich der 700-Jahr-Feier 1991 geworden: Wenn in früheren Jahrzehnten ein sehr verklärtes Geschichtsbild dominiert hat, so hat nun das Pendel radikal ins andere Extrem ausgeschlagen: Zu Wort gekommen sind vor allem sogenannt kritische, in Tat und Wahrheit aber voreingenom-

mene und auf ein Feindbild fixierte Intellektuelle und Kulturschaffende, dies dank ebenso einseitig kritischen und deshalb voreingenommenen – zum Teil mit einem Staatsmonopol ausgestatteten – Massenmedien.

Warum erwähne ich das alles? Unsere Haltung gegenüber unserem Nationalfeiertag und gegenüber grossen nationalen Jubiläumsfeiern verrät doch einiges über unsere Einstellung zu unserem Land. Ähnliche Symptome sind übrigens erkennbar in unserem Verhalten gegenüber nationalen Symbolen wie Fahne, Landeshymne etc. Auch wenn man eine allzu patriotische oder gar nationalistische Phraseologie und einen überheblichen Stolz wegen der ja ohne eigenes Dazutun erworbenen Zugehörigkeit zu einem Staat ablehnt, so gibt meines Erachtens die Trendwende weg vom undifferenzierten Hurra-Patriotismus hin ins andere Extrem der verbissenen Kritik zu Fragen und Besorgnis Anlass.

Meines Erachtens sind derart extreme Meinungsschwankungen Ausdruck einer Orientierungslosigkeit. Diese gründet zum einen in einer Relativierung aller Werte der westlichen Welt, seien diese religiöser oder weltanschaulicher Art. Besonders deutlich tritt sie natürlich in der zunehmenden Abwendung von der Kirche und in der Verwischung der Unterschiede zwischen den einzelnen politischen Parteien zutage. Zum andern wird sie verstärkt durch eine geradezu frappante Unkenntnis der Geschichte, welche Erscheinung durch Desinteresse an Vergangenem und durch ein Schulsystem, welches dies zumindest nicht korrigiert, gefördert wird.

Der Eindruck der Orientierungslosigkeit, der Grundsatzlosigkeit, des In-die-Zukunft-Torkelns wird in unserem Lande verstärkt durch das Verhalten der nominell bürgerlichen Mehrheiten im Bundesrat, in National- und Ständerat, aber auch in kantonalen Exekutiven und Parlamenten, so auch im Kanton Solothurn. Zugunsten der minderheitlichen Linken wurden und werden viel zu viele Kompromisse eingegangen. Vorherrschend ist eine sozialdemokratische Gesinnung, auch in den bürgerlichen Parteien.

Aber – und damit komme ich zum Thema meiner Ausführungen – auch vom Bürger gehen widersprüchliche Signale aus. Sein Verhältnis zum Gemeinwesen kann zunehmend als eigentliche Hassliebe bezeichnet werden: Wenn sich in den letzten Jahren der Autoritätsverlust der Politik verstärkt und beschleunigt hat, so ist das nicht nur die Folge einzelner Vorkommnisse bzw. ihrer Darstellung in den Massenmedien, sondem eines grundlegenden Wandels des Staatsbildes.

Der Staat hat sich vom personenbezogenen Rechtsstaat, vom Eingriffs- und «Nachtwächterstaat» der Vorkriegszeit zum Leistungs-, Dienstleistungsstaat gewandelt. Wirtschaftswachstum und Hochkonjunktur erlaubten das. Eine derartige Auffassung vom Gemeinwesen erträgt keine Obrigkeit, keine Autoritäten mehr – von der Gemeinde, vom Staat, vom Bund wird gefordert, schliesslich bezahlt man ja auch Steuern dafür...

Und paradoxerweise sinkt das Verlangen nach weiteren Dienstleistungen des Staates nicht etwa mit zunehmendem Wohlstand, sondern im Gegenteil ist bis vor kurzem der Ruf nach immer mehr öffentlichen Gütern und Dienstleistungen immer lauter ertönt.

Daraus erklärt sich auch das ambivalente Verhältnis zum Gemeinwesen: Gesetze sind dann gut, wenn sie helfen, private Zwecke zu erreichen. Sie sind schlecht, wenn sie den privaten Zielen entgegenstehen.

Diesen Zustand nennt man «Privatismus». Man kann ihn sich nur leisten, wenn die wichtigsten materiellen und geistigen Sicherheiten und Positionen nicht mehr erkämpft werden müssen, sondern benutzt werden können.

Dies ist kein neues Phänomen. Der griechische Philosoph Epikur, gest. 270 v. Chr., lehrte, die Klugheit gebiete es, im Verborgenen zu leben, sich aus dem Alltagsleben zu befreien, vom Staatsleben zu lösen, sich dem ungetrübten Genuss des Daseins hinzugeben. Ein Rezept zum Aussteigen also bereits vor rund 2250 Jahren!

Aber dieser Epikureismus führt zum überbordenden Pluralismus, Individualismus, Egoismus – in diesem Stadium befinden

wir uns heute! In einem solchen Zustand werden grundlegende Prinzipien des Zusammenlebens wie Toleranz, Konsens, Kompromiss und Solidarität nicht mehr beachtet, und der Blick aufs Ganze geht verloren.

Ungelöst bleiben dabei die Probleme der Allgemeinheit, es sammelt sich ein beträchtliches Konfliktpotential an. Dieses wiederum ist natürlich je weniger lösbar, desto zersplitterter, eben pluralistischer unsere Gesellschaft und deren Ausdrucksform, unsere Parteienlandschaft, ist und noch mehr wird.

Der ebenfalls griechische Philosoph und Staatstheoretiker Plato lehrte den Zyklus der Staatsformen: Diese würden sich zwischen den Extremen der Diktatur und der Anarchie bewegen; aristokratische und demokratische Staatsformen seien Zwischenstufen dieses Ablaufes. Gemessen an dieser Lehre müsste man unsere heutige Zeit wohl als auf dem Weg zur Anarchie befindlich bezeichnen: Bloss noch individuelle und situative Gesetzestreue, Vorbehalte gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat, Anerkennung demokratisch gefällter Entscheide gewissermassen à la carte prägen den politischen Alltag. Nicht nur die Kirche, auch andere Gruppen machen ein Widerstandsrecht geltend, obwohl der Rechtsstaat demokratisch entstanden und unteilbar ist. Man könnte jetzt fatalistisch den Lauf der Dinge akzeptieren und getrost davon ausgehen, dass wir entsprechend dem Zyklus Platos früher oder später wieder bessere Zeiten erwischen werden. Nun ist der Mensch, insbesondere der westliche, dafür bekannt, dass er sich bemüht und auch die Hoffnung oder die Illusion hegt, auf die Geschichte Einfluss nehmen zu können. Und als gewählter «Mandatsträger» fühlt man sich hiezu besonders verpflichtet.

Vier Ansatzpunkte zur Verbesserung des Verhältnisses Bürger–Staat

Wie also könnte eine Regeneration der Politik und des Verhältnisses des Bürgers zu ihr und zum Staatswesen generell versucht werden? Ich schlage vier Ansatzpunkte vor:

Anlässlich der letzten Jungbürgerfeier in Solothurn sagte der Schriftsteller Peter Bichsel sinngemäss, wer einem Politiker vertraue, habe bereits verloren, gewissermassen kapituliert. Mit dieser Aussage stösst Bichsel sicherlich auf weitverbreitete Zustimmung. Und auch wenn man von dieser Behauptung die für einen Schriftsteller im allgemeinen und für Bichsel im speziellen notwendige Übertreibung subtrahiert, bleibt doch die Tatsache, dass das Verhältnis sehr vieler Bürger zum Politiker und Behördemitglied vom früher und bis in die 60er Jahre hinein herrschenden Autoritätsglauben in ein grundsätzliches Misstrauen umgeschlagen hat. Anlass dazu gibt es natürlich aufgrund verschiedener Ereignisse schon. Auch wenn man berücksichtigt, dass vieles an diesem Misstrauen übertrieben und an ausländischen Beispielen aufgehängt wird, gibt es nur einen Weg, das Vertrauen in Politiker und Behördemitglieder wieder zu stärken: Konsequentes Offenlegen privater und beruflicher Bindungen und Interessen; klare, aber nicht einseitige Politik und Aussagen; Verzicht auf populäre, aber weder in der eigenen noch in späteren Amtszeiten realisierbare Versprechen.

Neben diese persönliche Integrität und politische Zuverlässigkeit und Geradlinigkeit muss auch die Redlichkeit gegenüber seinen eigenen Werken, Ideen und Informationen mitsamt dem Eingestehen von Irrtümern und dem Relativierungsvermögen dem eigenen Wahrheitsanspruch gegenüber treten. Weiter gehören seitens der Politiker zur Renaissance der Politik mehr Zivilcourage und die Überwindung der Angst vor Sitzverlusten, vor dem Verlust des eigenen Amtes oder sogar Berufes dazu. Und schliesslich scheint mir immer wichtiger zu sein, die Tendenz zu refusieren, Politik zur Show zu machen. Politik darf nicht zur Unterhaltung degenerieren, auch wenn die Chance, auf diese Weise in die Medien zu gelangen, grösser ist.

Nun aber wird – zweiter Ansatz – auch vom Bürger etwas zur Gesundung seines Verhältnisses zum Gemeinwesen zu verlangen sein: Er muss begreifen, dass das Heil nicht vom Staat kommen kann. Das Gemeinwesen kann das Glück des Individuums nicht besorgen. Das «Volksheim» à la Schweden hat ausge-

dient. Aber immer noch ist es Mode, Politik aus «dem Bauch heraus» zu betreiben und auch zu erfassen. Leider allzuoft aus dem hohlen Bauch heraus... Und der Bauch hält sich nicht an einen Finanzrahmen! Aus dieser illusionären Haltung, die den Glauben an das Gemeinwesen beinahe als Religionsersatz erscheinen lässt, wird die Politik überfordert. Die Politik kann nur soweit greifen, als ihre Macht reicht. Und das ist – leider oder zum Glück? – nicht sehr weit. Eine Politik, die das Leben bestimmen will, den Ehrgeiz hat, die Welt zu verändern, ist tendenziell eine totalitäre. Von derartigen Versuchen sollten wir nach diesem Jahrhundert eigentlich mehr als genug haben. Einsicht in die begrenzten Möglichkeiten der Politik heisst letztlich auch Einsicht in die menschliche Natur: Akzeptanz seines Machttriebes und seines Prestigedenkens, seiner geistigen Trägheit und der Dominanz materieller Bedürfnisse, und schliesslich auch Einsicht in sein Bedürfnis, geführt zu werden auch dort, wo er sich aufgeklärt gibt und nach Basisdemokratie ruft. Einsicht in die begrenzten Möglichkeiten der Politik heisst aber auch, vermehrt Eigen- oder Privatinitiative walten zu lassen, nicht a priori das Gemeinwesen anzurufen und auf es zu warten.

Das in den letzten Jahrzehnten stetige Ausdehnen der Staatsquote hat das Gemeinwesen aller Stufen an die oberste Belastungsgrenze geführt. Dieses Denken muss schleunigst geändert werden. Die aktuelle Finanzkrise betrachte ich als grosse Chance, diesen Trend zu brechen und eine neue Aufgabenteilung zwischen Privaten, Wirtschaft und Staat herbeizuführen, eine Korrektur gewissermassen der von scheinbar unbegrenzten öffentlichen Finanzmitteln geprägten Konsumhaltung.

Drittens müssen wir wieder konsensfähiger werden: Es gilt einerseits, den Pluralismus in Staat und Gesellschaft als Ausdruck der Freiheit und als Chance der Innovation zwar gedeihen zu lassen, diese Vielfalt aber gleichzeitig in Bahnen zu lenken, zu rationalisieren und schliesslich dem Konsens zuzuführen.

Ich bin ebenfalls der Auffassung, dass zu Beginn der Diskussion nicht der Kompromiss stehen darf. Unterschiedliche Auf-

fassungen sollen ausgefochten werden können. Im Interesse einer gesamtheitlichen Lösung allerdings ist es unabdingbar, dass alle Seiten Abstriche an ihrer Auffassung machen und einem Kompromiss zustimmen. Fundamentalistische Haltungen, ständige Referendumsdrohungen wegen Nebensächlichkeiten blokkieren dringend notwendige Lösungen. Der unverrückbare und beinahe missionarische Drang zur perfekten und endgültigen Lösung verhindert selbst kleinste Fortschritte. Je länger dies der Fall ist, über desto weniger Handlungsspielraum verfügen wir, die Probleme werden ständig drängender. Eine demokratische Staatsform mit derart weit entwickelten direktdemokratischen Elementen wie das schweizerische System gerät so in Gefahr, sich selbst im Wege zu stehen. Hier wird sich uns früher oder später die Frage stellen, inwieweit wir im Interesse des Gesamten die Individual- und Volksrechte einschränken müssen.

Als viertes Element, welches das Verhältnis des Bürgers zum Staat entspannen und auf eine neue, fruchtbare Ebene zu stellen mithelfen könnte, schliesslich noch mein Ceterum censeo: Es ist ein unbedingtes Erfordernis, dass sich wieder mehr Mitbürgerinnen und Mitbürger für das Gemeinwesen engagieren. Und zwar nicht so, dass man im Sinne Epikurs das eigene Gärtchen pflegt und erst dann, wenn das Staatswesen an das Gartentor oder in der Nachbarschaft anklopft, aufjuckt und nach Einsprachemöglichkeiten sucht. Politisches Engagement heisst aktives Mitgestalten auch dann und dort, wann und wo man nicht oder noch nicht direkt betroffen ist.

Im französischen Bürgerkönigtum (1830–1848) unter Louis-Philippe, einer vom Bürgertum gestützten Monarchie, herrschte das Zensus-Wahlrecht, d. h. nur die Vermögenden waren wahlberechtigt. Den Besitzlosen rief man zu: «Enrichissez-vous – bereichert Euch!» Heute vergisst man allzuoft, dass das allgemeine Stimm- und Wahlrecht sowohl geschichtlich gesehen als auch aktuell auf unserer Erde alles andere als eine Selbstverständlichkeit ist. Das scheint mir gleichzeitig auch eine Verpflichtung zu sein: Deshalb heisst der Aufruf an die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger nicht mehr: «Enrichissez-vous», son-

dern «Engagez-vous – engagiert Euch!». Wer die Politik mitgestalten und nicht nur erdulden will, muss sich engagieren.

Zusammenfassend und zum Schluss: Wenn wir das Gemeinwesen aus dem Spannungsfeld von Ablehnung, Gleichgültigkeit, Misstrauen und Überforderung herauslösen wollen, weil wir es in unserem Interesse herauslösen müssen, so können meines Erachtens die vier nochmals kurz wiederholten Ansätze mögliche Lösungswege zeigen:

- die Politiker müssen vertrauenswürdiger, transparenter, gradliniger politisieren (und auch leben);
- der Bürger muss die Grenzen der staatlichen Möglichkeit erkennen und akzeptieren – und vor allem auch als Chance für die eigene Kreativität nutzen;
- die eigene Individualität muss drittens zugunsten des gesamtgesellschaftlichen Interesses und Nutzens zurückgestellt und konsensfähig gemacht werden;
- das persönliche Engagement in die res publica muss wieder steigen, die Politik muss wieder vermehrt gestaltet, weniger erlitten werden. Denn schliesslich ist «Politik unser Schicksal», wie bereits Napoleon zu Goethe bemerkte. Goethe bejahte dies – es bleibt wohl nichts anderes übrig!

AH Kurt Fluri v/o Polo

HABEGGER DRUCK Derendingen